

Niederschrift

über die Sitzung des Ortschaftsrates Grüna - öffentlich -

Datum: 13.01.2014

Ort: Ratszimmer, Rathaus Grüna, Chemnitzer Straße 109, 09224 Chemnitz

Zeit: 19:00 Uhr – 21.00 Uhr

Vorsitz: Lutz Neubert

Beschlussfähigkeit

Soll: 12 Ortschaftsräte + Ortsvorsteher
Ist: 9 Ortschaftsräte + Ortsvorsteher

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Gunther Endrikat
Herr Ullrich Hammer
Herr Dr. Fritz Hähle

dienstlich verh.
dienstlich verh.
dienstlich verh.

Ortsvorsteher

Herr Lutz Neubert

Ortschaftsratsmitglieder

Herr Jürgen Becker
Herr Ronny Bernstein
Herr André Mai
Herr Robert Natzschka
Herr Thomas Renneberg
Frau Angela Schneider
Frau Christine Schubert
Herr Fritz Stengel
Herr Michael Wirth

Schriftführerin

Frau Christine Vieweg

Gäste:

Herr Brehm
Frau Kleinert
Herr Kückler
Herr Patt

Bürgermeister, Dez. 1
Schulleiterin Baumgarten-Grundschule Grüna
Elternvertreter der Grundschule
MdL

1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der **Ortsvorsteher Herr Neubert** eröffnet die Sitzung des Ortschaftsrates Grüna - öffentlich- und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßt die anwesenden Gäste und die Bürger Grünas.

2 Feststellung der Tagesordnung

Anträge zur Änderung der Tagesordnung liegen nicht vor, somit gilt sie als bestätigt.

3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Ortschaftsrates Grüna - öffentlich - vom 09.12.2013

Die Niederschrift des Ortschaftsrates Grüna – öffentlich – vom 09.12.2013 wurde zur Einsichtnahme ausgereicht. Zur Niederschrift sind **keine** Einwendungen eingegangen. Die Niederschrift ist somit **genehmigt**.

4 Diskussion zum Entwurf des Haushaltsplanes der Stadt Chemnitz 2014

Herr Neubert erinnert, dass dieses Thema bereits im Dezember 2013 auf der Tagesordnung der Ortschaftsrates Grüna stand. Heute freue er sich, dass der Stadtkämmerer Herr Brehm unserer Einladung gefolgt ist und anstehende Fragen beantworten wird. Er übergibt ihm das Wort.

Herr Brehm bedankt sich für die Einladung und betont, dass er, wie bereits im Vorfeld mitgeteilt, nicht in der Lage sein werde, auf alle Fragen Auskunft zu geben. Zu Detail-Informationen müssten die einzelnen Fachämter befragt werden. Er erläutert kurz Änderungen, welche die Einführung des Doppiksystems in der Haushaltsführung mit sich brachte. Auch um die Vergleichbarkeit mit anderen Städten zu ermöglichen, machte sich diese Umstellung erforderlich. Ein Nachteil dabei sei aber die erschwerte Lesbarkeit. Als besonders wichtig für Grüna sei es nun zu wissen, was Tiefbauamt und Grünflächenamt in der Ortschaft tun und wieviel Geld dafür zur Verfügung stünde. Das Budget für die Ortschaften legten die Fachämter selbst fest und könnten dazu auch nähere Erläuterungen geben.

Planmäßig stünden folgende Mittel für Grüna zur Verfügung:

Grünflächenamt:

17.000 Euro für Gemeindestraßen, Verkehrsgrün (dv. 10.000 Euro für Baumpflege)
7.000 Euro für öffentliches Grün, Landschaftsbau

Zentrale Gebäudebewirtschaftung:

23.046 Euro für Bewirtschaftung Rathaus Grüna

Grundschule Grüna:

7.000 Euro für Unterhaltung Grundstücke und baul. Anlagen
2.370 Euro für Unterhaltung sonstigen unbeweglichen Vermögens
44.479 Euro für Bewirtschaftung Grundstücke und bauliche Anlagen
1.888 Euro für Erwerb von beweglichen Gegenständen bis 150 Euro

Investitionsbereich Grundschule

1.058.000 Euro für 2013; 1.063.000 Euro für 2014

Im Folklorehof sei die Sanierung des Torbogens geplant.

Weitere Investitionen des Freistaates seien für 2015/16 für Schulen vorgesehen.

Damit die Handlungsfähigkeit der Stadt erhalten werde, müsse im Jahre 2015 ein ausgeglichener Haushalt vorliegen. Das sei die Zielstellung.

Am 12.2. solle der diesjährige Haushalt im Stadtrat beschlossen werden. Er hoffe, dass der Stadtrat mitgehe, weil keine Reserven abrufbar seien.

Herr Neubert bedankt sich für die Erläuterungen und drückt seine Freude über die Schulsanierung aus. Auch hoffe er, dass die Deckschichterneuerung unserer Hauptstraße fortgeführt werde. Nicht ganz nachvollziehbar sei für ihn, dass im Rahmen der Einwohnerversammlung Chemnitz-West im Maßnahmenkatalog andere Zahlen von Fachämtern übergeben wurden, als Herr Brehm heute genannt habe. Auch wundere er sich darüber, dass nahe liegende Möglichkeiten zur Kosteneinsparung ungenutzt blieben. Er zählt einige Beispiele auf, z.B. der umständliche und kostenintensive Austausch der Druckerpatronen.

Er gibt die Diskussion frei.

Herr Wirth sieht neben der Schulsanierung die Deckschichterneuerung der Hauptstraße als derzeit wichtigstes Projekt. Vor allem durch die Mehrbelastung als Umleitungsstrecke wegen der lang andauernden Bauarbeiten in Mittelbach habe die Fahrbahn sehr gelitten. Er möchte versuchen, über seine Fraktion Mittel für den nächsten Abschnitt zu befürworten. Wir sollten mit dem Problem auch weiterhin auf das Tiefbauamt zugehen. Ansonsten freue er sich, dass auf Grüna keine größeren Einsparungen zukommen.

Zur Frage nach nicht abgerufenen Förderprogrammen für Chemnitz weist er auf den Eigenanteil hin, welcher dazu erbracht werden müsse. Diese Mittel stünden aber nicht immer zur Verfügung.

Herr Stengel freut sich, dass zum ersten Mal seit Einführung der Doppik die Positionen für Grüna im HH-Planentwurf zu sehen sind. Kritikwürdig sei jedoch wie in den Jahren zuvor, dass die Stadt Chemnitz den § 67 SächsGemO, welcher den Ortschaftsbezogenen Haushaltsansatz beinhaltet, völlig ignoriere. Nach Absatz 3 seien dem Ortschaftsrat zur Erfüllung seiner Aufgaben angemessene Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen, und das betreffe nicht nur das Büromaterial für den Ortsvorsteher oder die Zuschüsse für Vereine. Er verstehe nicht, dass z. B. kleine Reparaturen in den Ortschaften nicht unbürokratisch über ein eigenes Budget des Ortschaftsrates, was ja kein zusätzliches Geld sei, erledigt werden könnten. Er sieht gerade hier auch Einsparmöglichkeiten und frage sich, weshalb die Stadtverwaltung sich hier so sträubt, die Gemeindeordnung umzusetzen.

Herr Brehm stellt fest, dass sich die Stadt Chemnitz für den Erhalt der Ortschaften aussprach, aber Entscheidungen sollten über den Stadtrat getroffen werden. Dies begründet er mit dem Gleichbehandlungsprinzip für die 39 Stadtteile, von denen nur acht eine Ortschaftsverfassung hätten. Die Diskussion über künftige Formen der Bürgerbeteiligung sei noch lange nicht am Ende.

Herr Stengel sieht nicht ein, dass das Gleichbehandlungsprinzip über das Gesetz gestellt werde, welches ja bewusst einen Unterschied zwischen Stadtteilen mit und solchen ohne Ortschaftsverfassung mache.

Herr Brehm informiert darüber, dass die Verwaltungsspitze den § 67 SächsGemO kenne, sich aber entschieden habe, ihn nicht anzuwenden, weil es eine „Kann-Bestimmung“ sei. Es gebe auch aus Stadtteilen ohne Ortschaftsrat, aber mit einer Bürgerinitiative, begründete Forderungen nach gleichen Rechten wie die Ortschaften. Das alles seien Argumente für die jetzige zentrale Regelung.

Herr Neubert betont, dass es hier auch um kleine Dinge gehe, welche im Ort unbürokratisch, schnell und preiswert erledigt werden könnten. Er erläutert am Beispiel der Instandsetzung des Schultores, wie Eigeninitiative durch die Stadt sogar „bestraft“ wurde. Dafür fehle ihm jedes Verständnis.

Herr Brehm findet die Ausschreibungspraxis und manche Rahmenverträge auch nicht gut, es gebe aber durch EU-Vorschriften keine andere Möglichkeit. Er bedaure auch die daraus resultierende Unterdrückung von Eigeninitiativen.

Auch kleine Spenden für bestimmte städtische Einrichtungen dürften nur noch von der OB oder den Bürgermeistern entgegengenommen und müssten vom Stadtrat bestätigt werden (Ausnahme: Schulen). Er könne keine Hoffnung auf Besserung der Situation machen, das sei europäische Rechtsprechung. Auch wenn die Ortschaft ein Budget hätte, müsste sie sich an diese Normen halten.

Herr Stengel zweifelt nicht die EU-Vergaberichtlinien an, jedoch könnte man bei Anwendung der Gemeindeordnung eine Ortschaft als gesonderte kleine Struktur betrachten, sodass z. B. eine lokale Ausschreibung für die Grünpflege zulässig sei. Man müsse das nur einmal wohlwollend prüfen.

Herr Brehm meint, dass hier nur die Gesamtbeträge Anwendung fänden.

Herr Stengel verweist noch einmal auf die von Herrn Neubert angesprochenen Einsparmöglichkeiten für den städtischen Haushalt, welche genutzt werden sollten; es gehe nicht um Extrawürste für die Ortschaft. Mit der jetzigen Verfahrensweise würden ehrenamtliche Initiativen kaputtgemacht.

Herr Wirth pflichtet Herrn Brehm bei, dass die Stadt sich an bestimmte Regelungen halten müsse. Die Stadt werde als Gesamtheit betrachtet.

Herr Neubert sieht dabei das Ehrenamt gefährdet, weil durch immer größere Hürden diese Initiativen massiv behindert werden.

Herr Bernstein entnahm den Worten von Herrn Brehm, dass er grundsätzlich die Institution Ortschaftsrat befürwortet. Er freue sich, dass unsere Schule saniert wird und möchte auf Anfragen von Bürgern wissen, ob im Innenbereich auch Arbeiten vorgesehen seien.

Frau Kleinert (Schulleiterin) erklärt, dass Fassade, Dach, Fenster und Sanitäranlagen saniert, Fahrstuhl am Haus und Waschecken in Klassenzimmern eingebaut würden, und Umkleieräume seien geplant. Farbanstrich in Räumen und Gängen sowie Erneuerung von Fußbodenbelag seien vorerst nicht vorgesehen. Im Juli 2014 sollen die Baumaßnahmen beendet sein.

Frau Kleinert möchte dem Ortschaftsrat den Termin für die geplante Begehung demnächst mitteilen.

Frau Schubert interessiert sich für die Sanierung der August-Bebel-Straße. Seit Jahren weise der Ortschaftsrat im Rahmen der HH-Plandiskussion auf diese Maßnahme hin, doch sei sie immer wieder herausgestrichen worden. Das schlechte Pflaster und der teilweise fehlende Fußweg seien besonders auch als Schulweg sehr gefährlich.

Herr Neubert weiß, dass mit dem Wegfall der Mittelschule auch die Straßen-Sanierung aus dem Plan genommen wurde.

Herr Bernstein spricht die Einnahmeseite des HH-Planes an und würde gern einmal wissen, in welcher Größenordnung die einzelnen Stadtteile zur Finanzierung beitragen.

Herr Brehm erklärt, dass es so eine Statistik nicht gebe, er würde eine solche auch nicht befürworten, das sei für ihn nicht ziel führend.

Herr Brehm bietet an, auch über den Sachstand Totensteinturm zu berichten.

Herr Neubert ist überrascht, dass entgegen vorhergehenden Aussagen nun doch heute zur Problematik Stellung genommen werden soll. Er nimmt das Angebot gern an.

Herr Brehm schildert aus seiner Sicht die Vorgänge der letzten Monate. Da er selbst über Statik nicht bescheid wisse, habe er sich auf die Aussagen des Bauingenieurs verlassen müssen. Es seien ernst zu nehmende Hinweise gewesen, die zur Sicherheit eine Schließung erforderlich machten; in der Situation habe er

keine andere Wahl gehabt. Glücklicherweise hätten sich nun die Bedenken als nicht schwerwiegend erwiesen. Durch die filigrane Bauweise schwinde der Turm. Aus diesem Grunde habe man einen Professor aus Dresden, welcher eine Professur zum Schwingungsverhalten habe, mit der Erstellung eines speziellen Gutachtens beauftragt. Als sich herausstellte, dass keine Probleme zu erkennen seien, wurde am darauf folgenden Tag der Turm wieder geöffnet.

Die trotzdem vorhandenen leichten Schäden müssten demnächst behoben werden. Eine Ausschreibung dazu werde vorbereitet. Die benötigten Mittel von 30.000 Euro stünden aus dem Gesamtbudget zur Verfügung. Die Arbeiten sollen etwa Mitte Mai beginnen, was eine erneute Sperrung von ca. 3-4 Wochen bedeute. Problematisch sei, dass das Baugenehmigungsamt dafür einen Bauantrag verlange, weil es sich hier um einen Sonderbau handle. Er wehre sich dagegen, sollte es aber doch dazu kommen, verschiebe sich alles noch einmal. Er werde Herrn Neubert auf dem Laufenden halten.

Herr Neubert freut sich auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Herr Stengel dankt Herrn Brehm für seine persönlichen Aussagen, nachdem es zuvor nur einen unbefriedigenden Schriftverkehr gegeben habe. Da aber viele Fragen noch unbeantwortet seien, hält er einen Tagesordnungspunkt in einer der nächsten OR-Sitzungen für erforderlich, wie es ja auch Frau OB Ludwig vorgeschlagen habe. Dazu müssten aussagefähige Mitarbeiter der Fachämter, der zuerst beauftragte Statiker sowie die beiden pensionierten Bauingenieure (welche sich ehrenamtlich stark engagiert hätten) eingeladen werden. Er könne sich auch vorstellen, die Schönheitsreparaturen vorzuziehen, um den Leuten die Verunsicherung zu nehmen, welche durch Pressemitteilungen verstärkt wurden. Unverständlich sei ihm jedoch, dass am Umfeld des Turmes, speziell an der stark verschmutzten und bei Feuchtigkeit glitschigen Betonplatte, noch immer nichts unternommen wurde, obwohl die Probleme seit einem ganzen Jahr bekannt seien.

Herr Neubert spricht sich ebenfalls dafür aus, einmal alle beteiligten Leute an einen Tisch zu holen, um die Angelegenheit endlich ordentlich abzuschließen.

5 Informationen des Ortsvorstehers

Beschluss

BV AZ: 13/4960/3/BE Gemarkung Grüna

Der Bauantrag wurde zur Sitzung des Ortschaftsrates Grüna am 13.01.2014 vorgelegt und diskutiert. Seitens des Ortschaftsrates gibt es hierzu keine Einwände.

Schulwegsicherheit im Bereich August-Bebel-Straße/Feldstraße

In der letzten OR-Sitzung (Dezember 2013) hatten Eltern von Grundschulkindern über den unsicheren Schulweg im Bereich Feldstraße / August-Bebel-Straße informiert. Der fehlende Fußweg und die Park- und Wendegewohnheiten vieler Eltern stellten für die Kinder oft gefährliche Situationen dar. Es gab bislang mehrere Vororttermine, welche noch zu keiner befriedigenden Lösung führten.

Da der gewünschte Fußwegbau frühestens Mitte des Jahres erfolgen könne, sei durch das Tiefbauamt eine Zwischenlösung in Form einer Streifenmarkierung mit Parkverbot nördlich der Feldstraße vorgenommen worden. Die Breite des gesperrten Bereiches und die fehlende zeitlich Beschränkung würden jedoch neue Probleme schaffen, auch für die Anwohner.

Herr Neubert hat sich vor Ort selbst über die Situation informiert und konnte die Bedenken der Eltern zum Teil nachvollziehen. Er übergibt das Wort an die Schulleiterin.

Frau Kleinert war, als sie vor zwei Jahren ihre Tätigkeit begann, nicht über derartige Probleme informiert worden. Es folgten mehrere Vororttermine, weil sich die Situation täglich anders darstelle. Herr KÜCHLER (betroffener Vater) nahm sich des Problems an. Es sei gelungen, den größten Teil der Eltern zu überzeugen das Schulgelände nicht mehr zu befahren. Zu bestimmten Zeiten (z.B. morgens ca. 7.15 Uhr), sei es schon manchmal sehr unübersichtlich, vor allem für die Kleinsten. Durch parkende Autos und fehlenden Fußweg seien sie gezwungen, auf der Fahrbahn zu laufen. Auch die Aussagen der Polizei deckten sich mit unseren Befürchtungen. Die vorläufige Streifenmarkierung mache sie aber nicht glücklich. Alles habe sich dadurch noch verschärft.

Gegenüberliegende Anwohner beschwerten sich über die chaotische Parksituation, sind mit der Lösung ebenfalls nicht zufrieden.

Herr KÜCHLER habe diese Initiative ins Leben gerufen, weil der Fußweg an der August-Bebel-Straße von beiden Seiten weit vor der Schule abrupt ende und die Kinder zwangsläufig die Straße nutzen müssten. Nach einem Vororttermin klärte sich das Tiefbauamt bereit, die Situation zu entschärfen und einen Fußweg anzulegen. Da die finanziellen Mittel derzeit nicht zur Verfügung stünden, wurde dieser Streifen vorläufig markiert. Aus dem guten Willen entstand jedoch eine für alle noch ungünstigere Situation.

Herr NATZSCHKA kritisiert, dass die chaotisch parkenden Fahrzeugführer zum Teil Eltern seien, deren Kinder den Weg durchaus zu Fuß gehen könnten.

Herr NITZSCHE, J. beschwert sich, dass die Anwohner nicht mit in die Problemlösung einbezogen wurden. Er beobachte täglich Eltern, die zum Wenden und auch zum Parken sein Betriebsgelände nutzten. Wenn sein Betriebsablauf dadurch nicht gestört werde, würde er es derzeit dulden, weil es ja nur für eine begrenzte Zeit sei. Er hoffe auf Besserung der Situation und möchte gern seine Meinung einbringen.

Herr STENDEL bittet zu bedenken, dass es um die Sicherheit der Kinder gehe, wofür die das Problem verursachenden Eltern selbst eine große Verantwortung trügen.

Herr KÜCHLER möchte erreichen, dass eine Haltesituation für Fahrzeuge geschaffen wird und die Kinder auf einem Fußweg entlang geführt werden. Er bittet Herrn BREHM, Einfluss zu nehmen, dass diese vom Tiefbauamt zugesagte Maßnahme vorrangig behandelt werde. Es gehe nur um 80 Meter Fußweg. Er erkenne die Initiative von Frau BAUER (TBA) an, die Schwierigkeit im Rahmen ihrer Möglichkeiten sofort zu entschärfen, allerdings sei das nicht so abgesprochen worden.

Herr NITZSCHE kommt durch parkende Fahrzeuge und uneinsichtige Eltern oft nicht auf sein Gelände. Sie wüssten nicht, dass sich der öffentliche Weg auf seinem Privatgelände befindet. Er appelliert an die Vernunft der Eltern.

Ein ANLIEGER sieht eine Lösung darin, den Fußweg auf der gegenüberliegenden (östlichen) Straßenseite anzulegen. Dort handle es sich nur um etwa 30 Meter, was geringere Kosten und weniger Aufwand erfordere. Er wünscht, auch die Belange der Anwohner zu bedenken, welche vor allem im Winter ihre Grundstückseinfahrten erreichen müssten und deren Sicht massiv eingeschränkt werde. Durch die derzeitige Lösung sei die Straßenbreite unverhältnismäßig eingeschränkt worden.

Frau SCHUBERT weiß aus eigener Erfahrung, dass durch die Übergangslösung die Gefahr größer geworden ist.

Herr NEUBERT schlägt vor, dieses Problem als Tagesordnungspunkt mit Vertretern entsprechender Behörden, Elternvertreter, Schule und Anwohnern in die nächste Sitzung mit aufzunehmen, oder einen gesonderten Termin anzuberaumen, wo alle betroffenen Parteien die Möglichkeit hätten, angehört zu werden.

Man einigt sich auf einen separaten Termin vor Ort.

Verstöße gegen die Grünaer Baugestaltungssatzung

Nach Hinweisen von Bürgern insbesondere zur Farbgestaltung habe das Baugenehmigungsamt mehrere Begehungen in Grüna durchgeführt. Im Ergebnis seien drei Kategorien zur Ahndung von Verstößen festgelegt worden:

1. Kategorie (Anschreiben) betrifft 10 Häuser
2. Kategorie (Anhörung) betrifft 6 Häuser
3. Kategorie (Geldbuße) betrifft 4 Häuser

Herr Neubert begrüßt die Maßnahmen des Amtes. Wir seien froh, eine solche Satzung durchgesetzt zu haben, und müssten nun auch von den Bürgern verlangen, diese einzuhalten.

Versteigerung des KIG

Für kommenden Donnerstag ist die nächste Versteigerung unseres ehemaligen Kulturhauses anberaumt worden. Herr Neubert wird daran teilnehmen und hofft, dass alles nach unseren Wünschen vonstatten gehe und diese Immobilie in unserem Sinne eine Weiternutzung erfahre.

6 Anfragen der Ortschaftsratsmitglieder

Es liegen keine Anfragen vor.

7 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine weiteren Anfragen vor.

8 Benennung von zwei Ortschaftsratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrates Grüna

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden nach Absprache die Ortschaftsräte Herr Stengel und Herr Wirth benannt.

.....
Datum Lutz Neubert
 Ortsvorsteher

.....
Datum F. Stengel
 Mitglied
 des Ortschaftsrates

.....
Datum M. Wirth
 Mitglied
 des Ortschaftsrates

.....
Datum Vieweg

